

Tagungsbericht

„Soziale Gerechtigkeit im Zeichen sozialen und gesellschaftlichen Strukturwandels – feministische Perspektiven“

17.-19. Juni, Freiburg

„Die Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen, so wie die Wahrheit bei Gedankensystemen.“ (John Rawls, 1975)

Die Tagung „Soziale Gerechtigkeit im Zeichen sozialen und gesellschaftlichen Strukturwandels – feministische Perspektiven“, veranstaltet vom Arbeitskreise „Politik und Geschlecht“ in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg und der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigte sich mit der Frage, wie soziale Gerechtigkeit im Kontext aktueller sozialpolitischer Umwälzungen aus philosophischer, ökonomischer und politikwissenschaftlicher Sicht zu verstehen ist. So umfassend wie im Titel angedeutet gestalteten sich auch die Inhalte der insgesamt zehn Vorträge, die den Bogen von philosophischen Begriffsausdeutungen über Globalisierungseinflüsse bis hin zur Agenda 2010 schlugen.

Susanne Lettow (Wien) erläuterte in ihrem grundlegenden Einführungsvortrag die Hauptkontroversen der Debatte um den Gerechtigkeits- versus den Gleichheitsbegriff anhand der Diskussion Rawls-kritischer, anti-egalitaristischer Gerechtigkeitstheorien, u.a. von Wolfgang Kersting und Angelika Krebs. Die Arbeiten von Krebs und Kersting unterschieden sich von egalitaristischen Gerechtigkeitstheorien vor allem durch eine Neudefinition des Gegenstandsbereiches sozialpolitischer Regelungen und damit auch der Sphären von Öffentlichkeit und Privatheit. Private Akteure wie Familien bekämen dabei die Verantwortung für all das zugewiesen, das sich als nicht staatlich regulierbar erweise. Dies beinhaltet zunächst zwar eine Anerkennung von Fürsorgeleistungen als Arbeit (die somit auch bezahlt werden müsste), verlagere aber langfristig die Sorge um und für eine gerechte Gesellschaft weg vom Staat und überlasse die Regelungen mehr und mehr dem Markt. Als Chance und Anregung für weitere Arbeiten bewertete sie die Gerechtigkeitstheorie Nancy Frasers, deren Formel der „partizipatorischen Parität“ die demokratische Komponente im Gegensatz zu vielen neueren Theorieansätzen zu stärken versucht.

Die vielfältigen Gründe für die Ablehnung einer universalistischen *feministischen* Gerechtigkeitsvorstellung illustrierte *Regina Kreide (Frankfurt)*. Die Ausschließlichkeit

partikularistischer Perspektiven führe jedoch letztendlich nicht nur zu einem Aufweichen gerechtigkeitsrelevanter Vorstellungen, sondern auch zu einer Schwächung feministischer Positionen. Laut Regina Kreide brauche gleichwohl jede feministische Gerechtigkeitskonzeption die Subjektperspektive. Sozialwissenschaftlich greifbar werde dies durch eine Konzentration auf die Verfahrensebene von Gerechtigkeit und die ihr zugrunde liegenden Diskurse. Auch hier standen schließlich Fragen der Partizipation am Gerechtigkeitsdiskurs und des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen im Zentrum. Die anschließende Podiumsdiskussion zur Situation von Frauen- und Geschlechterforschung thematisierte den Paradigmenwechsel der feministischen Politikwissenschaft von der Fokussierung auf die Marginalisierung von Frauen und ihrer Integration und Opposition zur Politikwissenschaft hin zur Genderforschung, die Geschlechterkonstruktionen und Verhältnisse zum Untersuchungsgegenstand macht. Den Abgrenzungs- und Rückzugstendenzen der älteren Generation gegenüber der Mainstream-Wissenschaft stehe der Widerwille jüngerer Forscherinnen gegenüber, eine Identität als Marginalisierte/als Betroffene anzunehmen. Stattdessen träten diese häufig als „Gender-Expertinnen“ auf. Die Neutralisierung, Depolitisierung und der Pragmatismus neuerer Entwicklungen standen hier zur Diskussion ebenso wie Folgen der Institutionalisierung und Professionalisierung.

Im Veranstaltungsblock zu „Sozialer Gerechtigkeit im Zeichen von Globalisierung und europäischer Integration“ wurde in zwei Vorträgen der Wandel von Staatlichkeit aus EU- und nationalstaatlicher Perspektive betrachtet. *Ines Hofbauer* und *Gundula Ludwig (Wien)* analysierten Dokumente der Europäischen Union auf Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Konzentration lag auf der Frage nach der Wirkungsmächtigkeit des Instruments Gender Mainstreaming. Es handelt sich dabei um ein von der Europäischen Union maßgeblich mit entwickeltes Instrument der Verwaltungspolitik, das Verfahren im Hinblick auf Gleichstellungsfragen vorschreibt. Die Dokumente zeigten nach Hofbauer und Ludwig ein Verständnis von Gleichstellung, welches eher die Einbeziehung benachteiligter Gruppen in vorherrschende Strukturen fördere denn eine Neugestaltung derselben. Die Einführung der Strategie des Gender Mainstreaming durch die EU leite jedoch mit der Verfahrensmäßigkeit dieser Gleichstellungspolitik einen Wandel vom Stabilisierungs- zum Modernisierungsregime ein. Gleichstellungspolitik werde, so das Fazit, als Instrument zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Union begriffen und nicht als essentiell für die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft definiert.

Birgit Riegraf (Bielefeld) erläuterte die Entwicklung Deutschlands vom bürokratisch regulierenden Staat der 60er Jahre bis hin zum in Deregulierungsprozessen begriffenen Verwaltungsapparat des 21. Jahrhunderts. Die übergeordnete Regulierungsinstanz weberschen Modells, die normativ korrigierend eingriff, koordiniere nun Politik nach Art eines

ökonomisch agierenden Großunternehmens - nach dem Schlagwort „New Public Management“ würden Fragen nach Gerechtigkeit und Gleichheit nur noch nach Maßgabe von Marktlogiken beantwortet. Riegraf stellte verschiedene Modelle des „New Public Management“ in ihren deutschen und angelsächsischen Ausprägungen vor und stellte fest, dass die deutsche Variante am deutlichsten in Kommunen zu beobachten sei, die zur Haushaltskonsolidierung gezwungen sind. Zur Diskussion stand die Bewertung dieser Strategien im Hinblick auf geschlechtergerechte Interventionen.

Der dritte Teil der Tagung beschäftigte sich mit der aktuellen Reformdebatte einschließlich der Agenda 2010 unter Geschlechtergerechtigkeitsperspektiven sowie mit Fragen der Fürsorgegerechtigkeit. *Clarissa Rudolph (Marburg)*, *Maria Wersig (Berlin)*, *Elke Schwinger (München)* und *Diana Auth (Gießen)* beschrieben in vier Vorträgen einhellig aus der Perspektive verschiedener Politikfelder die Individualisierung der Verantwortung für Problemlagen, um den Staat finanziell zu entlasten. Arbeitslosigkeit werde durch das „Fordern und Fördern“ der Hartz-Reformen weniger als ökonomisch und politisch bedingte, strukturelle und systematische Arbeitslosigkeit wahrgenommen, schon gar nicht in den Kontext von rassistisch begründeten, Klassen- und Geschlechterungleichheiten gesetzt, sondern verstärkt als persönliches Versagen gewertet, wie Clarissa Rudolph berichtete. Es erfolgt, darin waren sich die Referentinnen einig, eine Entwertung traditionell weiblicher Arbeiten, insbesondere durch Schaffung der so genannten Minijobs. Auch liege der Agenda 2010 vor allem in der Figur der Bedarfsgemeinschaft, so Maria Wersig, immer noch das Bild der heterosexuellen Familie zu Grunde, während sich die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung inzwischen durch verschiedenste Formen des Zusammenlebens auszeichne. Während Elke Schwinger das Verhältnis von sozialem Kapital und Fürsorgearbeit auslotete, beschäftigte sich der Vortrag von Diana Auth mit den politischen Folgen, Reformen und Reformbedarfen der Pflegeversicherung.

Den Schluss der Tagung bildete der Vortrag *Maria do Mar Castro Varelas (Köln)* über die Hierarchisierung von Diskriminierungen. Sie kategorisierte Diskriminierung als permanent und utopiefeindlich. Soziale Verhältnisse würden naturalisiert, Menschen als Fremde konstruiert und damit essentialisiert. Auch die feministische Wissenschaft sei von diesen Diskurseffekten nicht verschont, mahnte Varela, und müsse strategischer, bewusster und sensibler mit ihnen umgehen. Auch diese Wissenschaft konstruiere ein Anderes und brauche die Abgrenzung von diesem Fremden, um sich selbst zu definieren. Die Hierarchisierung von Diskriminierungen, die mit dem Kampf für nur eine über Identitäten definierte Gruppe einhergehen, seien häufig übersehen worden. So wurden beispielsweise farbige oder lesbische Frauen auch innerhalb der Frauenbewegung marginalisiert, und Kämpfe der Feministinnen der 1. Welt hätten zu einer Stabilisierung der Ausbeutung der Frauen der 3.

Welt geführt. Die Gleichzeitigkeit verschiedener, über Kreuz laufender Diskriminierungen, „intersectionality“ oder genannt, sei eine Entdeckung der feministischen und postkolonialistischen Theorien. Mit einem Zitat von Spivak „(..) For me the question who should speak is less crucial than the question who should listen?!“, welches zugleich eine Mahnung an westliche Feministinnen darstellt, sensibler und auch politischer mit Fragen der Identität umzugehen, endete der Vortrag und damit auch eine thematisch exzellent zusammengestellte Tagung, deren Referentinnen und TeilnehmerInnen in ihren Vorträgen und Diskussionen entscheidende Fragen für die künftige Forschung aufgeworfen und so Stoff für neue Auseinandersetzungen und Gedankenausflüge geboten haben.

Ursula Degener und Beate Rosenzweig